

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1) China - Vatikan: Annäherung gefährdet?

Der im letzten Heft von C.a. (Mai 1981, 0 4) skizzierte Annäherungsprozeß zwischen Beijing und dem Vatikan scheint neuerdings wieder gefährdet, und zwar infolge der Ernennung eines chinesischen Bischofs, Deng Yiming, zum Erzbischof der Provinz Guangdong durch den Vatikan am 7.Juni 1981. Auf diese Ernennung schossen sich zahlreiche Massenorganisationen kirchlichen Charakters sowie Behörden ein.

Am 11.Juni kritisierte Bischof Yang Gaojian, ein "führendes Mitglied des Chinesischen Katholischen Bischofskollegiums" und gleichzeitig "führendes Mitglied der Chinesischen Patriotischen Katholischen Vereinigung" sowie der "Nationalen Verwaltungskommission der Chinesischen Katholischen Kirche", den Akt des Vatikans als eine "grobe Einmischung in die Souveränität der chinesischen Kirche", der keinesfalls geduldet werden könne (XNA, 12.6.81). Dem Protest Yangs schloß sich das Büro für religiöse Angelegenheiten beim chinesischen Staatsrat am 15.Juni an (XNA, 16.6.81). Auch Bischof Ye Yinyun, stellvertretender Vorsitzender der Patriotischen Katholischen Vereinigung der Provinz Guangdong, bezeichnet die Ernennung als "Einmischung in die Souveränität der chinesischen Kirche" (XNA, 16.6.81). Der Heilige Stuhl habe bisher ständig eine feindselige Haltung gegenüber dem chinesischen Volk eingenommen und mit allen Mitteln Subversion und Sabotage gegen das Neue China betrieben. Der zum Erzbischof ernannte Deng Yiming habe Anfang der fünfziger Jahre auf Anweisung des Vatikans "schwere Verbrechen der Subversion gegen das Neue China begangen. Da er dies bereute, wurde er 1980 aus dem Gefängnis entlassen, außerdem wurde ihm ein Aufenthalt in Hongkong zur ärztlichen Behandlung und zum Besuch seiner Verwandten genehmigt. Bar aller Würde... fuhr Deng Yiming jedoch nach Rom, um das Amt des sog. Erzbischofs zu übernehmen. Des weiteren suchte er noch andere Orte auf, wo er gegen die Würde des chinesischen Klerus und des chinesischen Volkes agierte. Damit hat er das Prinzip der Unabhängigkeit der Chinesischen Katholischen Kirche verletzt" (BRu 1981, Nr.26, S.5). Um die Unabhängigkeit und Würde des Landes zu wahren und sich "von der Kontrolle des Heiligen Stuhles frei zu machen", habe der chinesische Klerus und die Laienschaft i.J. 1957 die "Chinesische Patriotische Katholische Vereinigung" gegründet, gegen deren Souveränität der Vatikan nunmehr verstoßen habe.

Der Katholizismus sei i.J. 1582 von Matteo Ricci, einem italienischen Missionar, in China eingeführt worden. Erst nach dem Opiumkrieg von 1840 habe sich die Zahl der chinesischen Katholiken substantiell erhöht. Am Vorabend der Gründung des Neuen China habe es rund drei Millionen Katholiken im Lande gegeben (ebenda). Die Katholische Kirche in China habe unter dem Dach der Patriotischen Vereinigung solide Lebensmöglichkeiten. Inzwischen würden beispielsweise wieder sämtliche sieben Sakramente erteilt. Am Pfingstfest, und zwar am

7.Juni, hätten über 100 Beijinger Katholiken in der Kirche Mariae Empfängnis sowie in der St.Josephs-Kirche das Sakrament der Firmung empfangen - zum ersten Mal wieder seit der Kulturrevolution (ebenda).

Am 22.Juni beschloß die Patriotische Katholische Vereinigung der Provinz Guangdong und die Diözese Guangzhou in einem Treffen, an dem siebzig Vertreter verschiedener Kongregationen vertreten waren, Deng Yiming seines Amtes als Bischof der Provinz Guangdong und als stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung zu entheben (XNA, 25.6.81). Seine Ernennung zum Erzbischof war von vorneherein nicht anerkannt worden.

Zur gleichen Zeit hielten die Patriotische Katholische Vereinigung der Provinz Jiangxi, die Provinzverwaltungskommission der Chinesischen Katholischen Kirche und die Patriotische Katholische Vereinigung der Stadt Nanchang ein gemeinsames Forum in Nanjing ab (15.6.81), bei dem sie die Protesterklärung Yang Gaojians unterstützten. Die Veranstaltung geriet zu einer Grundsatzkritik an der Römischen Katholischen Kirche überhaupt: Wann immer das chinesische Volk in der Vergangenheit in eine kritische Situation geraten sei, habe die Römische Kirche sich feindselig verhalten, so z.B. nach dem "Zwischenfall vom 18.September" (Ausbruch des Widerstandskriegs gegen Japan): Damals habe Rom allen chinesische Geistlichen befohlen, neutral zu bleiben und keine Stellung zu beziehen. Während des Befreiungskriegs habe Rom die "schlechten Elemente unter den chinesischen Katholiken dazu angehalten, reaktionäre Kräfte verschiedener Art zu bilden, die auf seiten Chiang Kai-sheks gegen die Volksbefreiungsarmee auftreten sollten". Nach der Befreiung Chinas habe es die "reaktionären Elemente" unter den chinesischen Katholiken zur Opposition gegen den Kommunismus und das Volk angestachelt. Bis auf den heutigen Tag unterhalte Rom einen Botschafter in Taiwan und weigere sich, die Volksrepublik China anzuerkennen. Ein für allemal sei die Zeit vorüber, da der Vatikan die Chinesische Katholische Kirche kontrollieren könne. Angelegenheiten des chinesischen Katholizismus seien ausschließlich durch die chinesische Geistlichkeit und durch chinesische Gläubige zu entscheiden. Dieser Grundsatz stimme völlig überein mit dem Geist der von Christus errichteten Heiligen Kirche. "Unter Führung der Kommunistischen Partei und der Volksregierung müssen die Chinesischen Katholische Kirche, und zwar sowohl Geistliche wie auch Laien, sich bemühen, die eigene Katholische Kirche angemessen zu verwalten und am Aufbau des Vaterlandes mitzuwirken" (Radio Nanchang in SWB, 24.6.81). Ähnliche Veranstaltungen waren am 14. und 17.Juni von den jeweiligen Patriotischen Katholischen Vereinigungen der Provinz Hunan, der Provinz Zhejiang und der Diözese Shanghai der Chinesischen Katholischen Kirche sowie der Patriotischen Katholischen Vereinigung von Shanghai veranstaltet worden (XNA, 18.6.81).

-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(2) Überblick über den Stand der sino-sowjetischen Beziehungen im 1. Halbjahr 1981

a) Was die bilateralen Beziehungen anbelangt, so ist es - getreu dem bisherigen Schema - erneut zu einer Reihe zwischenstaatlicher Abmachungen gekommen, nämlich auf den Gebieten

- Grenzschifffahrt

Vom 16. Februar bis 9. März fand in der Stadt Blagowschtschensk die 23. Tagung der Gemischten Sowjetisch-Chinesischen Kommission über die Schifffahrt auf den Grenzflüssen statt. Entsprechend dem Abkommen vom Jahr 1951 über die gemeinsame Grenzschifffahrt wurden von beiden Seiten "einige praktische Maßnahmen zur Sicherung der Schifffahrt vereinbart" und ein entsprechendes Protokoll über die Schifffahrt auf dem Heilongjiang (Amur), dem Ussuri (Wusuli) und anderen Grenzflüssen erreicht. Die nächste, 24. Tagung wird wieder in China stattfinden (XNA, 10.3.81).

- Handelsaustausch

Am 16. Juni 1981 wurde ein Handelsprotokoll für 1981 unterzeichnet. Es wurde vereinbart, den Warenaustausch gegenüber dem Vorjahr um 40% auf rund 400 Mrd. DM zu verringern. Diese Reduzierung erfolge mit Rücksicht auf die Anpassungspolitik der chinesischen Volkswirtschaft.

- Eisenbahngrenzverkehr

Vom 20. bis 28. April tagte in Chabarowsk die Gemischte Sowjetisch-Chinesische Eisenbahngrenzkommission, die ebenso wie die Grenzschifffahrtskommission aufgrund des Eisenbahnabkommens von 1951 einige praktische Schritte zur Sicherung des Eisenbahngrenzverkehrs vereinbarte und ein entsprechendes Protokoll unterzeichnete. Nähere Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben.

- In der Grenzfrage sind keine Fortschritte zu verzeichnen.

Am 17. Juni brachte die RMRB einen längeren Artikel über diese Frage und wiederholte dabei den chinesischen Standpunkt: Die vom zaristischen Rußland mit Qing-China geschlossenen ungleichen Verträge von 1858, 1860 und 1881 seien zwar eigentlich nichtig, doch wolle China aus praktischen Gründen auf der Basis dieser Verträge mit der Sowjetunion in Verhandlungen eintreten. China wolle also nicht die 1,5 Mio. qkm von der Sowjetunion zurückverlangen. Es wünsche aber, daß die Sowjetunion die Ungleichheit der damaligen Vertragswerke einräume, daß sie ferner zugebe, daß es "territoriale Probleme" zwischen beiden Staaten gebe und daß an die Stelle der alten ungleichen Verträge nunmehr neue und gleiche sino-sowjetische Abmachungen gesetzt würden. Solche Verträge seien nicht nur auf bloße Demarkierungsfragen zu reduzieren, sondern müßten eine allseitige Lösung der Grenzprobleme mit sich bringen, womit China offensichtlich auf die militärische Lage anspielt. Als "umstrittene Areale" gelten in chinesischen Augen solche Gebiete, die bei den Grenzverhandlungen i. J. 1964 nach Austausch der gegenseitigen Grenzkarten sich als divergierend erwiesen. Hierüber müsse man am Verhandlungstisch zu einer Übereinkunft kommen. Desgleichen verlangt China, daß alle Gebiete, die das zaristische Rußland oder aber die Sowjetunion unter Verstoß gegen die "ungleichen Verträge" von 1858, 1860 und 1881 an sich gerissen haben, an China zurückgegeben werden.

- Heldenehrung

Wie seit Jahren üblich, werden - trotz der gespannten Beziehungen zwischen Moskau und Beijing - die "gefallenen Helden

der Roten Armee" durch Kranzniederlegungen vor allem an den Mahnmälern in der Mandschurei (Provinzen Jilin, Heilongjiang und Liaoning), aber auch in Wuhan, in Beijing und vor allem in Manzhouli (Innere Mongolei) geehrt - in diesem Jahr anläßlich des 63. Gründungstages der sowjetischen Roten Armee (XNA, 24.2. und SWB, 25.2.81).

- Protest gegen sowjetische Propagandaaussagen
Höchst empört zeigt sich Beijing (BRu 1981, Nr. 15, S. 12 ff.) über Behauptungen der Moskauer Propaganda, daß China an Südafrika heimlich Waffen liefere, daß China mit Israel ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung und der Kernforschung geschlossen habe und daß es zwischen China und Südkorea enge kommerzielle Bande gebe. Ferner unterhalte China in Pakistan Militärstützpunkte und Truppen, nehme an pakistanischen Militärmanövern teil und versuche, Karachi in eine permanente Marinebasis zu verwandeln. Oberdies unterhalte China in Pakistan zwölf Luftwaffenstützpunkte und mache Pakistan zu seinem "Nukleartpartner". Solche "Lügen" erinnerten an "Nazi-Methoden". Wahr sei statt dessen, daß die Sowjets im südlichen Afrika selbst im Kontakt mit dem "rassistischen südafrikanischen Regime" stünden, daß sie sich selbst "mit Israel eingelassen haben" und daß sie darüber hinaus auch "mit dem südkoreanischen Regime flirten". Auch streite die Sowjetunion der VR China das Recht über Tibet ab, während sie selbst in ihrer Großen Sowjetenzyklopädie aus dem Jahre 1961 noch festgestellt habe, daß Tibet ein Gebiet im "Südwesten Chinas" sei (XNA, 2.1.81). Schließlich behaupte die Prawda, daß die Voice of America bald auch in China auf Sendung gehe - ebenfalls eine Lüge (XNA, 2.5.81).

b) Breiten Raum nahmen die chinesischen Kommentare zum XXVI. Parteitag der KPdSU Ende Februar 1981 ein. Die dabei gestartete neue "Friedensoffensive" in Form einer Briefkampagne wird von RMRB (12.3.81) als bloße Verschleierung der eigenen Aufrüstung bezeichnet. Ähnliche Schritte habe es bereits beim XXIV. und beim XXV. Parteitag gegeben. Vor allem seit dem XXV. Parteitag i. J. 1976 hätten sich ja einige Entwicklungen ergeben, die man vor dem Hintergrund solcher "Friedensvorschläge" bedenken möge:

- Die Sowjetunion intervenierte z. B. durch ihre "kubanischen Söldner" i. J. 1976 im Bürgerkrieg in Angola.

- Sie verschärfte den Konflikt am Horn von Afrika durch ihre kubanischen Söldner i. J. 1977.

- Sie mischte bei den politischen Unruhen in Südjemen mit und wirkte innerhalb von drei Tagen bei der Ermordung der Staatschefs in beiden Jemen i. J. 1978 mit.

- Sie unterstützte die massive vietnamesische Kambodscha-Invasion durch vietnamesische Truppen i. J. 1979.

- Sie fiel selbst i. J. 1979 mit ihren Truppen in Afghanistan ein und

- sie bereitet sich seit 1980 auf eine militärische Intervention in Polen vor.

Ihre Entspannungspropaganda werde von den Völkern immer weniger ernst genommen. Der SALT-II-Vertrag sei bereits jetzt Makulatur. Die Beziehungen zu Amerika seien auf einem Tiefpunkt angelangt. Kuba, Vietnam und Afghanistan seien für den Kreml zu einer Last geworden. Er habe außerdem ein moralisches Fiasko erlitten: vor der UNO-Vollversammlung, auf dem Islamischen Gipfel, auf der Außenminister-Konferenz der Blockfreien und bei anderen internationalen Konferenzen. Überall sitze Moskau heute genauso auf der Anklagebank wie der US-Imperialismus in den fünfziger und sechziger Jahren.

Auch innenpolitisch gebe es zahllose Probleme. Die letzten drei Fünfjahrespläne seien durch Rückgang der industriellen Wachstumsrate gekennzeichnet, darüber hinaus aber auch durch Ernteausfälle, so daß Futtergetreide aus dem Westen importiert werden mußte; überall fehle es an Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln.

An der Kremispitze sei die "Troika" aufgelöst und ein auf die Person Breschnews zugeschnittener Machtapparat geschaffen worden. Die Minoritätenprobleme machten der Führung immer mehr zu schaffen - gar nicht erst zu reden von der "Polandisierung" der Sowjetunion und ihrer Partner im Ostblock (XNA, 19.2., 15.3. und 21.5.81).

China geht davon aus, daß der Krenl täglich rund 6 Mio.US\$ für Vietnam, 8 Mio. für Kuba und weitere Summen für Syrien, Äthiopien, Südjemen und Angola ausgeben muß (BRu 1981, Nr.20, S.3) - ganz zu schweigen von dem Abnutzungskrieg in Afghanistan. All dies führt letztlich zu einer "Militarisierung der Wirtschaft".

c) Das Thema "Militärausbau" nimmt in der chinesischen Kommentierung der Sowjetunion den breitesten Raum ein. Neuerdings richtet Beijing die Beleuchtung verstärkt auf die sowjetische Ostasien-Strategie. Der strategische Schwerpunkt der Sowjetunion liege zwar nach wie vor in Europa, doch komme Ostasien mittlerweile der Stellenwert einer wichtigen Flanke zu. Das Hauptziel der sowjetischen Ostasien-Strategie bestehe darin, die USA aus dem Westpazifik zu verdrängen, das strategische Übergewicht in Ostasien und im Westpazifik zu erlangen, China einzukreisen, durch Drohungen und Versprechungen Japan in die Knie zu zwingen und schließlich die Kontrolle über die südostasiatischen Länder zu erlangen (BRu 1981, Nr.12, S.19 ff.). Die Sowjetunion habe in Fernost neuerdings auch SS-20-Raketen, Backfire-Bomber und Kernwaffen tragende U-Boote sowie Flugzeugträger zum Einsatz gebracht (RMRB, 16.5.81). Entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze habe sie eine Million Soldaten stehen. Ihre Pazifik-Flotte belaufe sich bereits auf 25-30% der gesamten Marinestärke. Auch 30% der strategischen nuklearen Kräfte befänden sich in Fernost. Sowjetische Kriegsschiffe operierten im Südchinesischen Meer sowie im Indischen Ozean und unterhielten Stützpunkte in Vietnam und in Kambodscha (RMRB, 27.3.81).

Auch der militärische Ausbau Sibiriens bereitet in China Sorge. Das Hauptziel Moskaus sei es, dort die eigene militärstrategische Stellung zu stärken, um so leichter nach Ost- und Südostasien expandieren zu können. Um bei dieser Erschließung schneller voran zu kommen, locke man europäische Länder und Japan zur Mitarbeit. Z.Zt. werde über den Bau einer Pipeline von der Yamal-Halbinsel nach Westeuropa (Länge 5.000 km) verhandelt. Damit jedoch würde Europa in puncto Erdgas von der Sowjetunion abhängig. Ferner wurden seit der Gründung des Japanisch-Sowjetischen Wirtschaftskomitees i.J. 1965 eine Reihe von Abkommen zur Erschließung der Kohle-, Öl- und Erdgasvorkommen und der Wälder in Sibirien unterzeichnet. Mit dem Aufbau solcher Infrastrukturkomplexe, die obendrein mit westlichem Geld finanziert werden, habe die Sowjetunion bald keine Treibstoff- und Rohmaterialprobleme in Sibirien mehr. Schon heute werden im östlichen Teil der Sowjetunion 32% der sowjetischen Panzer und etwa 40% der Flugzeuge sowie 25% der Kriegsschiffe hergestellt. Auch die Eröffnung einer zweiten Eisenbahnmagistrale nach Sibirien solle zu denken geben (RMRB, 25.4.81).

-we-

NORDAMERIKA

(3) Der Besuch des amerikanischen Außenministers Haig in China (14.-17.Juni)

Mit Haig kam der erste hochrangige Vertreter der neuen Reagan-Administration nach China. Dabei wurde deutlich, daß die seit dem sowjetischen Afghanistan-Unternehmen zutage getretene Parallelität der Außenpolitik beider Länder inzwischen noch ausgeprägtere Formen angenommen hat. Keine der beiden Parteien nahm zwar, wo es um bilaterale Probleme ging, ein Blatt vor den Mund - und die Chinesen zeigten ihrem amerikanischen Gast auch mit aller Deutlichkeit, wo sie mit Washington-Optionen nicht einverstanden waren, so in der Südafrika-, der Israel- und der Taiwan-Frage, ferner hinsichtlich der Wiederaufnahme amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR sowie im Hinblick auf die Schaffung einer von den Ländern der Dritten Welt geforderten neuen Weltwirtschaftsordnung. Im übrigen aber ziehen sie beide gemeinsam am Strang des "Antihegemonismus". Sie sind sich darin einig, daß die Hauptgefahr für das asiatische Gleichgewicht heute von Moskau ausgeht. Afghanistan und Kambodscha gelten hierbei als verschiedene Seiten der gleichen Münze. Washington und Beijing haben sich deshalb inzwischen auch zu gemeinsamem Handeln entschlossen:

- An den heißesten Punkten ist Feuerwehrhilfe zu leisten, nämlich in Pakistan, in Thailand und in Afghanistan selbst. Die höchsten Wirtschafts- und Militärhilfeeleistungen Chinas erhält heute das Afghanistan und Iran benachbarte Pakistan, das zum eigentlichen antisowjetischen Bollwerk in Asien ausgebaut werden soll. Das arme China hat dorthin im Laufe der Jahre schon ungefähr 2 Mrd.US\$ an Hilfe gelenkt und war überdies jahrelang Pakistans Hauptwaffenlieferant. Die USA wollen in Zukunft nicht mehr nur "peanuts" geben, sondern mit rund 2,5 Mrd.US\$ einsteigen, wobei der Kongreß allerdings noch seine Einwilligung zu erteilen hat.

An die Widerstandsbewegung in Afghanistan und Kambodscha liefert China heute schon Waffen, die USA versuchen die Thai-Truppen nachzurüsten und engagieren sich angeblich auch bereits in Afghanistan.

- An den nur mittelbar gefährdeten Stellen andererseits betreiben beide Staaten eine Politik der Selbststärkung durch Regionalisierung.

- Schließlich ermuntern sich beide gegenseitig zu stärkeren militärischen Anstrengungen. Beijing und Washington fordern Tokyo zur Rüstung auf, Washington will an Beijing künftig Waffen liefern und außerdem selbst seine Militärausgaben erhöhen sowie seine Präsenz im Pazifik und im Indik steigern (XNA, 15., 16. und 17.6.81). Haig führte Gespräche mit Außenminister Huang Hua, Deng Xiaoping, Zhao Ziyang sowie mit Verteidigungsminister Geng Biao und mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Bo Yibo, der sich hauptsächlich für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA interessierte.

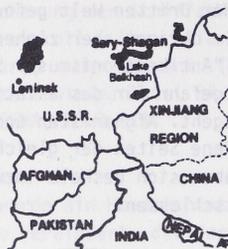
Als konkrete Ergebnisse neben dem allgemeinen Gedankenaustausch sind zu nennen

- baldige Tagung des Gemischten chinesisch-amerikanischen Wirtschaftsausschusses, der seine zweite Konferenz abhalten wird,
- geplante Gründung einer Vereinigten Handelskommission beider Länder und
- Kontakte zwischen den Verteidigungsinstitutionen der USA und Chinas.

Außerdem wurde ein Abkommen über die wechselseitige Errichtung von zusätzlichen drei Konsulaten unterzeichnet.

Im Vordergrund des Interesses standen aber zwei Themen militärischen Charakters.

a) Da war einmal die Rede von zwei amerikanischen Horchposten im Nordwesten Chinas, die angeblich seit einem Jahr sowjetische Raketentests überwachen und die an die Stelle der ausgefallenen Anlagen im Iran getreten sein sollen. Die Informationen hierüber stammen von amerikanischen Zeitungen (z.B. IHT, 19.6.81). Die beiden Stationen in Xinjiang sollen vor allem auf die beiden sowjetischen Raketenprobungsbasen in Leninsk (Aralsee) und in Sary-Shagan (am Balkhaschsee) ausgerichtet sein (s.Karte). Am 19.Juni gab dazu ein chinesischer Regierungssprecher die Erklärung ab, daß "wir davon noch nie etwas gehört haben".



Angeblich geht der Bau der Horchstationen auf ein bereits 1979 geschlossenes Geheimabkommen zurück. Nachdem die USA infolge der Entthronung des Schahs ihre Radarinstallationen entlang der iranisch-sowjetischen Grenze hatten schließen müssen, sei ein solches Abkommen im April 1979 von fünf amerikanischen Senatoren anlässlich eines Beijing-Besuches vorbereitet und dann endgültig von der Regierung Carter geschlossen worden.

b) Der zweite Hauptpunkt war die Erklärung Haigs, die USA seien bereit, über etwaige chinesische Bestellungen von Offensivwaffen "von Fall zu Fall" und nach Konsultationen mit dem Kongreß und den Bündnispartnern zu entscheiden. Schon vorher hatte Washington auch den Pakistans Waffenlieferungen größeren Umfangs zugesagt. Kein Wunder, daß die Sowjetunion umgehend in aller Schärfe reagierte und den Amerikanern "riskantes Spiel" vorwarf. Mit Warnungen war Haig den Sowjets allerdings bereits zuvorgekommen, und zwar mit einer Drohgebärde gegen die eventuelle Intervention in Polen (XNA, 14.6.81). Tass bezeichnet die amerikanisch-chinesische "Verschwörung" als Gefahr für den Frieden, spricht von "kurzsichtiger Politik" und weist darauf hin, daß die Sowjetunion einem solchen Vorgehen nicht tatenlos zusehen könne.

Haig "spielte die chinesische Karte" auch noch insofern, als er die Chinesen zwar nicht als Verbündete, wohl aber als Partner mit gemeinsamen strategischen Interessen bezeichnete. Bei seiner abschließenden Pressekonferenz zeigte er sich mit den Gesprächen in Beijing höchst zufrieden.

Wesentlich nüchterner gaben sich die Chinesen, die zwar vermutlich von dem amerikanischen Waffenangebot beeindruckt waren, aber andererseits klarstellen wollten, daß sie die Taiwan-Politik Washingtons nicht mehr in der bisherigen Form dulden wollen. Haig hatte bei seiner Pressekonferenz erklärt, daß es in den USA ein Gesetz, nämlich den "Taiwan Relations Act" gebe (ausführlich dazu C.a., April 1981, 0 4) und daß er sich daran zu halten gedenke. U.a. haben die USA seit Schließung der Botschaft in Taipei, d.h. also seit Anfang Januar 1979, an den Inselstaat Taiwan Waffen in Höhe von rund 1,5 Mrd.US\$ verkauft. Wegen der Taiwan-Erklärung in

der Pressekonferenz stellte Vizepräsident Bo Yibo den Gast unmittelbar vor dem Abflug noch einmal fünf Minuten lang zur Rede, indem er ihn zur Seite bat. Bei den Chinesen stößt nicht nur die halboffizielle Anerkennung Taiwans auf Widerstand, sondern auch die im "Taiwan Relations Act" niedergelegte Lieferung von "defensiven" Waffen. Was sei schon "defensiv"? Auch noch das F-16-Jagdflugzeug, mit dem z.B. die Israelis die Atomanlage im Irak zerstörten? (XNA, 19.6.81). Schon vorher hatte Beijing an dem Hearing zur Taiwan-Frage im Asiatisch-Pazifischen Unterausschuß des US- Repräsentantenhauses Anstoß genommen. Dort sei in einem fort die "Zwei-China"-Doktrin vertreten worden: so als hätte es das Kommuniqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Beijing, das ja die Ein-China-Option festhält, nie gegeben! Einige Vertreter der US- Regierung und des US-Kongresses hätten immer nur von der "Republik China" gesprochen. Einer der Redner habe sogar gefordert, die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan wiederherzustellen. Taiwan sei ein Paradestück der amerikanischen Anstrengungen, die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder der Welt zu fördern. Als beleidigend wurde chinesischerseits auch die Diskussion über die "Frage der Menschenrechte" auf dem chinesischen Festland empfunden (BRU 1981, Nr.22, S.10 f.).

Gleichwohl scheint es, daß die antihegemonistische Aktionseinheit mit den USA der chinesischen Führung so wichtig ist, daß sie, entgegen allen offiziellen Erklärungen, wegen der Taiwan-Frage wohl kaum einen Bruch mit dem neuen Partner riskieren wird.

Die Reagan-Regierung hat inzwischen, als Nachfolger für den noch von Präsident Carter ernannten Leonard Woodcock, als neuen Botschaft Arthur Hummel ernannt, einen 61jährigen Berufsdiplomaten, der die USA bisher u.a. in Pakistan und als stellvertretender Botschafter in Taiwan vertreten hatte.

-we-

ASIEN

(4) Der chinesische Außenminister besucht Indien (26.-28.Juni 1981)

Seit dem indischen "Tibet-Schock" von 1959 sowie den sich kurz darauf anschließenden Grenzspannungen, vor allem aber seit dem Grenzkrieg von 1962 herrschte zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Welt eine eisige Atmosphäre, die für Beijing umso unangenehmer war, als Indien 1971 auch noch einen Freundschaftsvertrag samt Konsultationsklausel mit der Sowjetunion abschloß.

Zwischen beiden Staaten gibt es nach wie vor zahlreiche Streitigkeiten, und zwar neben den beiden Hauptproblemen, nämlich der indischen Anlehnung an die Sowjetunion und der Grenzfrage, noch eine Reihe von Nebenfragen, die sich allerdings nicht unbedingt als Hindernis für eine Wiederannäherung auswirken müssen, nämlich die angebliche Unterstützung der im Nordosten Indiens operierenden Rebellen durch China, ferner der Bau der Karakorum-Straße durch China, die pakistansisch-chinesischen Sonderbeziehungen, die neuerdings durch chinesisch-amerikanische Waffenlieferungen noch eine besondere Note erhalten haben, ferner die lange Zeit von China angestachelte Politik der Vereinten Front südasiatischer Staaten gegen Indien, des weiteren die von China verurteilte "Annexion Sikkims" durch Indien und die erst im Juli 1980 erfolgte Anerkennung der Heng-Samrin-Regierung durch Neu-Delhi (ausführlich hierzu C.a., Juli 1980,

S.569-578). Es gibt also gewiß zahlreiche Streitigkeiten, die eine Annäherung zwischen beiden Rivalen nicht gerade fördern.

Andererseits hat die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen auch in Indien Betroffenheit ausgelöst und die Frage aufkommen lassen, ob man die Politik der Konfrontation gegenüber Pakistan und dessen engstem Verbündeten, China, wirklich noch länger aufrechterhalten oder ob man nicht lieber in asiatischen Kategorien denken sollte, vor allem z.B. an eine Gemeinschaft der südasiatischen Staaten, die sich - ähnlich wie die ASEAN-Staaten in Südostasien - zum Zwecke einer Maximierung der Gemeinsamkeiten zusammenschließen könnten. Dieser Plan einer südasiatischen Gemeinschaft, der ursprünglich von Bangladesch ausging, würde die Länder Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch, Bhutan, Sri Lanka und die Malediven umfassen. Diese sieben Länder haben sich denn auch vom 21. bis 23. April in Colombo über eine solche potentielle regionale Zusammenarbeit beraten - ein Ereignis, das von der VR China mit wohlwollendem Beifall bedacht wurde (C.a., April 1981, 0 8). Eine Distanzierung Indiens von der allzu engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und eine verstärkte Rückkehr nach Südasien würde nicht nur die Abhängigkeit Indiens von Moskau lockern und implizit dessen Afghanistan-Politik an den Pranger stellen, sondern könnte zugleich die Voraussetzungen für ein wieder besser werdendes Verhältnis zu China schaffen, in dessen Gefolge sich dann auch die Grenzfragen mit dem Nachbarn im Nordosten lösen ließen (zur Grenzfrage vgl. C.a., Juli 1980, S.572 ff.).

China hat in Verfolgung seines Plans, den südasiatischen Staaten bei einer gegenseitigen Annäherung zu helfen, lebhafteste Aktivität an den Tag gelegt. Im Mai besuchte Ministerpräsident Zhao Ziyang Pakistan, Nepal und Bangladesch, und im Juni reiste Huang Hua nach Sri Lanka, zu den Malediven und - eben - nach Indien, wobei er im letzteren Falle den Besuch des damaligen indischen Außenministers Vajpapee aus dem Jahre 1979 in China erwiderte - einen Besuch, der freilich dadurch entwertet wurde, daß die Chinesen noch während seines Verlaufs ihren Vietnam-Feldzug begannen.

Der Besuch Huang Huas sollte, wie immer wieder betont wurde, lediglich dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und "freundschaftliche Konsultationen" wiederaufzunehmen. Konkrete Abmachungen wurden nicht erwartet - und auch nicht getroffen. Erwartungsgemäß kam es auch nicht zu einer Einigung in der Grenzfrage und schon gar nicht zu einem Tauschgeschäft des Inhalts, daß - wie es eigentlich der Interesselage beider Länder am besten entspreche - China die McMahon-Linie anerkennt, während die Inder den Chinesen dafür im Gegenzug die Aksai-Chin-Hochebene überlassen, durch die die chinesische Xinjiang-Tibet-Straße führt.

Die Bedeutung der Gespräche in Neu-Delhi bestand letztlich darin, daß beide Regierungen überhaupt wieder in Verhandlungen eingetreten sind.

Eine Wiederannäherung beider Staaten könnte nicht nur günstige politische Folgen (u.a. die Lösung der Grenzfrage), sondern auch einen verstärkten Wirtschaftsaustausch nach sich ziehen. Für China wären indische Produkte der mittleren Technologie interessant, und auch Indien könnte von China profitieren, z.B. vom chinesischen Know-how für Biogasanlagen etc.

Einstweilen einigten sich beide Seiten darauf, "auf angemessener Ebene und zur gegebenen Zeit" Gespräche über die Grenzfragen zu führen. China spricht sich auch entschieden für eine indisch-pakistanische Wiederannäherung aus und hat beispielsweise den Gesprächen zwischen den Außenministern

beider Länder Anfang Juni 1981 seinen Beifall gespendet: Gehörten beide Länder nicht zur Dritten Welt und zur Blockfreien-Bewegung? Müßten sie im Interesse ihres nationalen Aufbaus nicht daran interessiert sein, das Kriegsbeil zu begraben (XNA, 11. und 12.6.81)? Seien drei Kriege nicht genug!? Freilich bestehen zwischen Pakistan und Indien noch zahlreiche Differenzen, die weit über die bösen Erinnerungen der Vergangenheit und die Kashmir-Frage hinausreichen, so z.B. die recht unterschiedliche Einschätzung der sowjetischen Präsenz in Afghanistan sowie der neuen Rolle der USA in Südasien und der amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan - von den chinesischen Waffenlieferungen gar nicht zu reden! Der von der Sowjetunion unterstützte Sender "1.August" glaubt, daß Zhao Ziyang bei seinem Besuch in Pakistan ein neues Rüstungslieferungsabkommen unterzeichnet habe, in dem sich China zur Lieferung von Militärgütern in Höhe von 710 Mio.Yuan während der nächsten zwei Jahre verpflichtet. Seit dem Ausbruch der Afghanistan-Krise habe China die pakistanischen Truppen und die afghanischen Guerillas mit Militärgütern im Werte von 630 Mio.Yuan beliefert (SWB, 12.6.81).

Während der Anwesenheit Huang Huas kam es zu einer Demonstration von 2.000 Tibetanern vor der chinesischen Botschaft in Neu-Delhi. 45 von ihnen wurden festgenommen, nachdem sie versucht hatten, den Kordon der Sicherheitskräfte zu durchbrechen und die Tore der Botschaft zu stürmen.
-we-

(5) ANZUS und ASEAN: zwei wichtige Tagungen finden Chinas Beifall

Der ANZUS-Pakt, der, wie der Name schon sagt, aus drei Mitgliedern (Australia, New Zealand, United States) besteht, und zwar seit dem 1. September 1951, hielt Mitte Juni 1981 in Wellington/Neuseeland seine 30. Konferenz ab. Zweck des Paktes ist die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit im pazifischen Raum, ferner die Abwehr eines eventuellen Angriffs auf einen der Vertragspartner. Der Konsultativrat, der aus den Außenministern besteht, tritt in der Regel einmal jährlich zusammen. Beijing (XNA, 24.6.81) äußert sich befriedigt darüber, daß im Kommuniqué der Konferenz vom 23. Juni gefordert wird, daß die Kambodscha- und die Afghanistan-Probleme durch den Abzug der ausländischen Truppen und durch autochthone Lösungen so bald wie möglich aus der Welt geschafft werden. Außerdem habe sich der Rat die weitere Verbesserung der Beziehungen zu China vorgenommen. Teilnehmer an der Konferenz war auch Außenminister Haig, der kurz vorher die VR China besucht hatte.

China begrüßte darüber hinaus die gemeinsamen Marineübungen des Fünf-Mächte-Pakts Australien, Großbritannien, Malaysia, Neuseeland und Singapur, die im Juni vor der Küste Malaysias stattfanden. Die fünf Länder halten aufgrund eines zehn Jahre alten Vertrags regelmäßige Land-, See- und Luftmanöver ab (XNA, 23.6.81).

Am 17. und 18. Juni tagte in Manila die 14. Außenministerkonferenz der ASEAN-Staaten, um eine gemeinsame Strategie für die internationale Konferenz über Kambodscha auszuarbeiten. Auch bei dieser Tagung war Haig anwesend. Ebenso wie in Wellington kam es in Manila zu gewissen Unstimmigkeiten zwischen den Teilnehmerstaaten. Bereits in Wellington hatten die Australier und Neuseeländer Haig nahegelegt, gegenüber Hanoi keine Konfrontationskurs zu steuern, da Vietnam sonst noch weiter in die Arme der Sowjetunion getrieben würde. Dieselben Bedenken wurden in Manila wiederholt. Bei allen Rückzugsforderungen wünschten die ASEAN-Staaten letztlich keine Konfrontations-, sondern eine Kompromißlösung, die nur

mit einem Vietnam zustande kommen könne, das noch eine gewisse außenpolitische Handlungsfreiheit besitze. Haig, der hier mit der chinesischen Führung einer Meinung ist, wollte dem freilich nicht zustimmen. Schon vorher hatte der stellvertretende US-Außenminister Holdridge im Amerikanischen Club in Beijing darauf hingewiesen, daß Washington in Zusammenarbeit mit Beijing Hanoi notfalls politisch, wirtschaftlich und militärisch solange unter Druck setzen werde, bis dieses zum Rückzug seiner Truppen aus Kambodscha bereit sei.

Bedenken hegen die ASEAN-Staaten auch gegen die geplanten Waffenlieferungen der USA an China. Obwohl sie nach außenhin mit gemeinsamen Wortregelungen auftreten, differiert ihre Interessenlage: Indonesien beispielsweise fühlt sich zu den Vietnamesen hingezogen. Beide sind sie die einzigen Staaten Südostasiens, die ihre Unabhängigkeit in der Nachkriegszeit mit Waffen erkämpft haben. Freilich verlor Vietnam für die Indonesier vorübergehend an Anziehungskraft, als es - im Verlauf des Zweiten Indochina-Kriegs - zum engen Verbündeten der VR China geworden zu sein schien, mit der Indonesien vor allem während der sechziger Jahre schon seine liebe Not hatte. Hier wirkte der chinesisch-vietnamesische 27-Tage-Krieg von 1979 wie ein reinigendes Gewitter. Beide, Jakarta und Hanoi, sehen sich langfristig gemeinsam am antichinesischen Stränge ziehen. Wenn sich Indonesien gleichwohl in seinen Kambodscha-Erklärungen antivietnamesisch gibt, so vor allem wegen seiner ASEAN-Verpflichtung gegenüber Thailand.

Thailand wiederum sieht sich seit dem Verlust des Pufferstaates Kambodscha hauptsächlich von Vietnam bedroht und sucht deshalb Zuflucht bei China sowie bei den USA. Dieselbe Haltung bezieht Singapur, während Malaysia (wegen seines hohen Auslandschinesenanteils im eigenen Land) und die Philippinen, die sich fast ausschließlich zu den USA hin orientieren, eher eine unentschiedene Haltung zur Bewaffnung Chinas durch die USA einnehmen.

Solche Spannungen und Differenzierungen will Beijing freilich nicht wahrhaben. Es zeichnet statt dessen ein harmonisches Bild und hebt dabei jene Beschlüsse hervor, mit denen die Vietnamesen zur Raison gebracht werden sollen: Rückzug der vietnamesischen Divisionen und Aufstellung einer internationalen Friedenstruppe (XNA, 18. und 19.6.81). Die Entwaffnung sämtlicher Khmer-Guerillafraktionen freilich, die in dem ASEAN-Richtlinienpapier für die Kambodscha-Konferenz als zweite große Maßnahme empfohlen wird, taucht in den chinesischen Meldungen bezeichnenderweise nicht auf.

Angenehm in den chinesischen Ohren dagegen klangen andere Teile des 15seitigen Kommuniqués, so z.B. die fortdauernde Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch die ASEAN-Staaten, des weiteren das Postulat, daß die Lösung der Kambodscha-Frage "lebenswichtig" für die Errichtung einer ZOPFAN-Zone in Südostasien sei, zu dem übrigens eines Tages auch Kambodscha gehören möge, und nicht zuletzt die Aufforderung an die verschiedenen nationalen Organisationen Kambodschas, sich zu einer gemeinsamen Front und vielleicht sogar einer späteren Koalitionsregierung mit dem Demokratischen Kampuchea zusammenzuschließen (Einzelheiten in SWB, 22.6.81).

Die ASEAN-Staaten stellten folgende Grundzüge ihrer Kambodscha-Politik heraus: Entsendung einer UNO-Friedenstruppe, vollständiger Abzug aller fremden Streitkräfte in kürzester Zeit, anschließend Entwaffnung rivalisierender Khmer-Gruppen und schließlich Abhaltung allgemeiner Wahlen.

Hanoi lehnt die Ergebnisse dieser zweitägigen Konferenz ab. Statt dessen solle eine Regionalkonferenz stattfinden, wie

sie bei der 4. Konferenz der indochinesischen Außenminister erneut gefordert worden sei. An einer solchen Konferenz hätten die indochinesischen und die ASEAN-Staaten teilzunehmen, eventuell auch der UNO-Generalsekretär (VNA in SWB, 22.6.81).

-we-

ALLGEMEINE GRUNDSATZE DER AUSSENPOLITIK

(6) Bestätigung der bisherigen Außenpolitik durch das Politbüro

Westlichen Diplomaten und Korrespondenten wurden im Mai - ganz im Gegensatz zu den sonst so strengen Geheimhaltungsgewohnheiten - Einzelheiten über Diskussionen im Politbüro zum außenpolitischen Kurs der VR China zugespielt, die u.a. deutlich machten, daß der unter Deng Xiaoping durchgesetzte Große Sprung westwärts nicht überall Zustimmung gefunden hat. Es habe sogar einige Fürsprecher einer Wiederannäherung an die Sowjetunion gegeben (IHT, 27.5.81; FAZ, 30.5.81; SZ, 27.5.81).

Die in diesem Zusammenhang zutage getretenen Einzelheiten sind nicht neu, sondern bestätigen nur, was man als außenstehender Beobachter ohnehin seit langem wissen konnte.

Spätestens seit dem Bruch mit Moskau hatte Beijing theoretisch drei große Möglichkeiten einer außenpolitischen Kurssteuerung: Anlehnung an den Westen, Wiederannäherung an die Sowjetunion (trotz alledem!) oder aber trotziges Abseitsstehen und Verbindung allein mit den Ländern der Dritten Welt.

Die Wiederannäherung an die Sowjetunion stand damals schon außer Diskussion und ist seit Afghanistan abermals unmöglich geworden, obwohl sich am Vorabend des sowjetischen Afghanistan-Unternehmens, nämlich in der zweiten Jahreshälfte 1978, durchaus Zeichen einer verständnisvolleren Einstellung der chinesischen Führung gegenüber Moskau gezeigt hatten. Auch heute noch soll es, wie die Informationen über die Politbüroberatung zeigen, eine - wenn offensichtlich auch recht schwache - prosovietische Fraktion geben.

Die Option des "Alleingehens" war von Lin Biao befürwortet worden, der als Ausgleich dafür die Linke Strategie sowie die Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer forderte. Ein solcher Kurs scheidet heute nicht nur deshalb aus, weil er mit dem Namen Lin Biaos stigmatisiert ist, sondern vor allem auch, weil China sein Modernisierungsprogramm wohl nicht besonders effektiv vorantreiben kann, wenn es sich ganz auf seine eigenen Kräfte oder die der Dritten Welt verläßt.

Es bleibt also vernünftigerweise (wenn man nämlich die Modernisierungsrichtung beibehalten will) nur der Weg nach Westen, der freilich nicht nur durch Modernisierungsüberlegungen, sondern auch durch die seit 1969 etablierte antihegemonistische Grundeinstellung Beijings mitmotiviert wird. Mit den Staaten des Westens verbindet China nach alledem eine "Allianz der Interessen", die freilich nicht nur auf die westlichen Länder beschränkt bleiben, sondern zusätzlich die Staaten der Dritten Welt mitumfassen soll. Schließlich kann man sich von einer solchen weltweiten Interessenallianz auch mehr Sicherheit für den eigenen Aufbau versprechen, der ja auf eine ruhige Umwelt angewiesen ist. Die Lehre Maos von der Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkriegs gilt m.a.W. heute nicht mehr als der Weisheit letzter Schluß, auch wenn ihm

noch ab und zu Lippenbekenntnisse gewidmet werden. Weder "Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkriegs" noch Aquidistanzpolitik, sondern weltweite antihegemonistische Interessensallianz mit den Ländern der Dritten Welt und mit den fortgeschrittenen Staaten des Westens - dies ungefähr ist der inzwischen neubestätigte Kerngehalt der chinesischen Außenpolitik, der zugleich eine Bestätigung der bisherigen Politik Deng Xiaopings ist. Wie es in den Meldungen weiter hieß, soll der neue Beschluß die chinesische Außenpolitik bis 1990 und möglicherweise noch darüber hinaus bestimmen.

Wie wenig heute an eine Aquidistanzpolitik gedacht wird, zeigt auch das Referat des Leiters des Armee-eigenen "Instituts für strategische Studien" in Beijing, Xu Xin, das vor Mitgliedern der "Trilateralen Kommission" (dazu C.a., Mai 1981, U 13) im Mai 1981 gehalten wurde. Der Korrespondent der Frankfurter Rundschau, Helmut Opletal, hat den Text dieser Rede übersetzt (FR, 25.6.81). China will dem sowjetischen "Expansionismus" eine neue Zurückdrängungs- (roll-back) Strategie entgegenstellen, der sich alle bedrohten Staaten, von Westeuropa über die USA bis zu den Ländern der Dritten Welt, darunter China, anschließen müßten. Es gelte, kurzfristige Partikularinteressen zugunsten einer langfristigen Politik der vereinten Fronten zurückzustellen. Die Sowjetunion sei an sechs Schwachpunkten verwundbar (Getreidemangel, Technologierückstand, militärische Haushaltsbelastung, drückende Militärhilfefasten fürs Ausland: jährlich 10 Mrd. US\$, Widersprüche innerhalb der Sowjetunion und des osteuropäischen Blocks, Verzettelung an zahllosen Fronten). Afghanistan und Kambodscha seien der Testfall für eine solche vereinte Front: Hier handle es sich nicht nur um Regionalprobleme, sondern um wichtige Frontabschnitte innerhalb des hegemonistischen Gesamtkonzepts.

Was China selbst anbelangt, so habe es vor Moskau keine übermäßige Angst. Die Sowjetunion benötige für eine Invasion mindestens 4-5 Millionen Soldaten und mehrere Jahre Kampf. Selbst wenn das "Schlimmste einträte und es der Sowjetunion gelänge, Nordostchina, die Autonome Region Xinjiang oder gar die Hauptstadt Beijing und das gesamte Gebiet nordöstlich des Gelben Flusses zu besetzen, so wäre dies eher der Anfang als das Ende eines Krieges. Wir hätten immer noch zwei Drittel unseres Landes mit unserer Bevölkerung südlich des Gelben Flusses, und damit könnten wir einen langandauernden Krieg führen und letzten Endes alle Eindringlinge auslöschen... Die modernen sowjetischen Truppen wären nur in der Lage, einige Metropolen, Städte und Kommunikationslinien zu kontrollieren..." Auch die Beschränkung auf kleinere chirurgische Operationen mit dem Ziel, die "Vier Modernisierungen" zu untergraben, würde der Sowjetunion kaum einen Sieg eintragen, da dies der Anfang eines langfristigen chinesisch-sowjetischen Kriegs wäre, und der Verlauf einer solchen Auseinandersetzung außerhalb der Kontrolle der sowjetischen Führung stünde. In jedem Fall besitze China genügend Leute, Raum und Kraft, um einen langandauernden Krieg durchzustehen. Der Sowjetunion andererseits würde es niemals gelingen, in einem Blitzkrieg schnelle Entscheidungen zu erzwingen. Selbst ein Angriff auf die strategischen Nuklearbasen Chinas sei wenig sinnvoll: Einmal stütze sich China bei seinen Kriegsvorbereitungen gar nicht in erster Linie auf Atomwaffen; zum anderen würde Moskau das Risiko eines nuklearen Gegenschlags auslösen.

Chinas Gedanken seien aber primär nicht auf den Krieg, sondern auf den Aufbau gerichtet. China verstehe sich als sozialistisches Land, das zur Dritten Welt gehört und das daher danach strebt, eine "langfristige, friedvolle internationale Umwelt zu errichten" und sich zu diesem Zweck dem Hegemonismus entgegenzustellen. "Unsere Strategie ist die positive Verteidigung. Wir werden niemals andere angreifen,

niemals nach Hegemonismus streben, aber wir werden auch anderen nicht gestatten, uns anzugreifen."

Ganz auf dieser Linie befürwortet China nach wie vor auch eine Stärkung der NATO im politischen sowie im militärischen Bereich, um "den sowjetischen Expansionismus in Zaum zu halten" (XNA, 7.5.81).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(7) UNO-Generalsekretär Waldheim in Beijing

Vom 10. bis 15. Juni kam Kurt Waldheim zu einem fünftägigen Routinebesuch nach China. Die bevorstehende Kambodscha-Konferenz war Hauptthema der Gespräche. Deng Xiaoping betonte, daß die Fragen Kambodscha und Afghanistan nicht als zweitrangig behandelt werden dürften. Hier handle es sich um eine Negierung der UNO-Charta (XNA, 11.6.81). Außenminister Huang Hua bekräftigte noch einmal die drei Prinzipien der chinesischen Regierung zur Beilegung der Afghanistan- und der Kambodscha-Frage: erstens Abzug ausländischer Aggressionstruppen, zweitens Selbstentscheidung der Völker, drittens Wiederherstellung der Blockfreiheit (XNA, 11.6.81).

Waldheim war vorher zu politischen Gesprächen in Tokyo gewesen. Er räumt ein, daß die Nichtteilnahme Vietnams an der geplanten Konferenz ein Handicap sei.

-we-

INNENPOLITIK

(8) 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK

Die 19. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 5. bis 10. Juni 1981 in Beijing statt. Die Sitzung wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses, Peng Zhen, geleitet, da der Vorsitzende dieses Gremiums, Marschall Ye Jianying, offenbar an fortschreitender Altersschwäche leidet. An der Sitzung nahmen auch die Verantwortlichen der Ständigen VK-Ausschüsse aller 29 Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte teil. Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Verabschiedung von fünf Dokumenten mit Gesetzescharakter. Eine besondere Bedeutung kommt in der gegenwärtigen Situation den Beschlüssen über die Bestätigung von Todesurteilen und über die Behandlung von ausgebrochenen Strafgefangenen und Rückfalltätern zu: Sie sollen eine schnelle und abschreckende Reaktion der Justizorgane auf die zunehmend offiziell beklagte weitverbreitete Gewaltkriminalität ermöglichen. Insgesamt faßte der Ständige Ausschuss, das oberste legislative Organ der Volksrepublik China zwischen den Tagungen des Nationalen Volkskongresses, auf seiner 19. Sitzung die folgenden Beschlüsse bzw. verabschiedete die folgenden Dokumente (RMRB, 6., 11., 12.6.81):

1. "Bestimmungen über die Wahl der Abgeordneten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee zum Nationalen Volkskongreß und zu den lokalen Volkskongressen auf allen Ebenen" (RMRB, 11.6.81)